

Bolz, Klaus

Article — Digitized Version
Ein Jahr danach ...

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Bolz, Klaus (1971) : Ein Jahr danach ..., Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 10, pp. 502-504

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134313>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Klaus Bolz

Ein Jahr danach...

Der Flugverkehr Frankfurt-Moskau kann im Frühjahr 1972 aufgenommen werden. Das Zustandekommen dieses Abkommens gab Walter Scheel aufgrund seiner Gespräche am Rande der UN-Konferenz Anfang Oktober dieses Jahres bekannt. Da er auch gewisse Handelsvereinbarungen sowie ein Kulturabkommen mit der Sowjetunion noch für dieses Jahr vorausgesagt hatte, scheint abermals die Hoffnung berechtigt, zum Abschluß eines Handelsabkommens zu gelangen, das ein seit 1963 bestehendes vertragsrechtliches Vakuum beseitigen würde. Der Inhalt dieser Nachrichten könnte als die direkte Folgewirkung des seit länger als einem Jahr durch die Unterzeichnung des Gewaltverzichtsvertrages in Moskau verbesserten politischen Klimas zwischen der BRD und der Sowjetunion gedeutet werden.

Hat nun das geduldige Beharren der deutschen Seite trotz jahrelanger Rückschläge zu diesem Ergebnis beigetragen? Oder stand die Sowjetunion mittlerweile unter dem politisch-psychologischen Druck, wollte sie nicht an Glaubwürdigkeit verlieren, auf wenigstens einem Gebiet den guten Willen nicht nur zu äußern, sondern auch durch Fakten zu beweisen?

Mehr erwartet

Sieht man einmal vom Berlin-Abkommen ab, das zwischen den vier Siegermächten ausgehandelt wurde und für das der Gewaltverzicht ohne Zweifel den Weg bereitet hat, so ist das Flugabkommen tatsächlich seit Jahren die erste ökonomisch relevante Vereinbarung zwischen der BRD und der Sowjetunion. Mit diesem Flugabkommen sind aber die durch den Moskauer Vertrag vor einem Jahr genährten und inzwischen stark gedämpften Hoffnungen auf eine starke Expansion der wirtschaftlichen Beziehungen noch nicht ausreichend erfüllt. Denn von einem in der Präambel des Ge-

waltverzichtsvertrages angekündigten Ausbau der ökonomischen Beziehungen zwischen beiden Ländern hatte man mehr erwartet.

Dazu kamen das Monate zuvor unter Dach und Fach gebrachte Röhren-/Erdgasgeschäft und die laufenden Verhandlungen über das LKW-Mammutprojekt an der Kama. Beide hatten ihrerseits manche noch vorhandene Skepsis hinsichtlich des großen Ostgeschäfts beseitigt. Teile der Wirtschaft, aber vor allem nicht so sehr an den kaufmännischen Rechenstift gewohnte Politiker, sahen in dieser Entwicklung Zeichen für den Beginn eines gewaltigen Aufschwungs in den ökonomischen Ost-West-Beziehungen. Denn wollte die Sowjetunion ihre ehrgeizigen Jahres- und Perspektivpläne im Investitions- und Konsumgüterbereich realisieren, so konnte sie dies nur mit entsprechender Unterstützung des Auslandes. Wie die jüngsten Ereignisse 1970 zu bestätigen schienen, hatte die Sowjetunion es wohl vor allem auf die BRD als Partner abgesehen.

Verzögerungstaktik der Sowjetunion

Diese Hoffnungen auf verbesserte Chancen nach dem 12. August für den Abschluß eines von der Regierung wie von weiten Kreisen der Wirtschaft gewünschten Handelsabkommens wurden jedoch bisher enttäuscht. Wenige Monate nach der Reise Minister Schillers in die Sowjetunion kamen die Verhandlungen zwar wieder in Gang. Doch obwohl die BRD der Sowjetunion u. a. weitgehende Liberalisierungen für die Importe aus der UdSSR in die BRD angeboten hat und damit dem wichtigsten sowjetischen Wunsch entsprach, verzögerte die Sowjetunion erneut ihren Abschluß.

Der große „Durchbruch“ im Ostgeschäft gelang demnach bisher nicht. Darüber konnte auch nicht die starke Aufwärtsentwicklung des Warenaustausches zwil-

schen der BRD und der UdSSR seit Mitte der 60er Jahre hinwegtrösten – ein Trend, der 1969 und 1970 zu einem Handelsvolumen von fast 3 Mrd. DM führte –, obwohl gerade die damit gewachsene Kenntnis der deutschen Wirtschaft über die Struktur und Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft die gehegten Hoffnungen verstärkte.

Ökonomische Realitäten blieben

Trotz dieser Aufwärtsentwicklung des Handels warnten aber schon vor einem Jahr vor allem im Ost-Geschäft erfahrene Unternehmer vor der Euphorie der ersten Stunde. Es wurde deutlich ausgesprochen, daß auch im Ost-West-Handel Illusionen und Hoffnungen nicht die bewegenden Kräfte sein können. Die im Osthändel erfahrenen Unternehmer begründeten ihre Skepsis u. a. damit, daß das sowjetische Geschäft i. d. R. besonders langwierig, unsicher und teuer in der Anbahnung sei, daß die erwarteten Konditionen hinsichtlich der Kredite und Zahlungsbedingungen wenig verlockend seien und daß die Dimensionen einzelner Projekte im Normalfall die Kapazität und Kreditkraft eines einzelnen Unternehmens überfordern oder zu einseitig binden. Der Moskauer Vertrag habe diese ökonomischen Realitäten selbstverständlich nicht urplötzlich verändert.

Umfangreiche neue Kontakte

Daran kann auch das durch den Vertrag verbesserte Klima, das in kurzer Zeit in einem Umfang zu direkten Kontakten zwischen der BRD und der Sowjetunion geführt hat, wie er bisher undenkbar gewesen ist, im Augenblick wenig ändern. So reisten noch im vergangenen Jahr die Minister Leussink und Schiller in die Sowjetunion und haben ohne Zweifel nützliche Gespräche geführt. Leussink bot ein umfassendes Programm für eine künftige wissenschaftliche Zusammenarbeit an, so z. B. auf den Gebieten des Bildungs-

wesens, der Kernphysik, der physikalischen Chemie, der Meeresforschung und der Datenverarbeitung. Und Schiller trug sehr zu einer realistischen Einschätzung der wirtschaftlichen Möglichkeiten der BRD z. B. auf dem Kreditsektor durch die Sowjets bei. Auch ebnete er, wie bereits erwähnt, den Weg für den Beginn von Verhandlungen über einen Handelsvertrag.

Ernüchterte Delegationen

Bemerkenswert sind auch die Einladungen aus der Sowjetunion an die Spitzen der bedeutendsten deutschen Unternehmen. Noch nie zuvor war eine so große Gruppe „hochkarätiger Kapitalisten“ aus der BRD bei Kossygin zu Gast wie unter der Leitung des DIHT-Präsidenten Wolff von Amerongen und dann erneut eine Gruppe im Juni 1971 mit Berthold Beitz an ihrer Spitze. Die obengenannten Probleme spielten auch auf diesen Goodwill-Reisen in den Gesprächen eine bedeutende Rolle. Führte Kossygin während dieser Kontakte den deutschen Unternehmen einerseits die Verlockungen des Ostgeschäfts vor Augen – wie sie z. B. im Bereich der Chemie, des Kunststoffs, der Elektronik, des Kraftfahrzeugbaus und anderen Sektoren lägen –, hinterließ er bei der Gruppe von Amerongen gleichzeitig den Eindruck, daß die Sowjets die BRD zur Realisierung ihrer ökonomischen Ziele nicht brauchten. Diese Delegation kehrte ernüchtert nach Hause zurück. Erwartungen, die Ostpolitik der Regierung Brandt würde bald kommerzielle Früchte abwerfen, waren nicht erfüllt worden.

In vielen Punkten brachte die Reise der Gruppe Beitz konkretere Ergebnisse. Aufgrund dieser Reise scheinen sich mit den Firmen Grundig, AEG-Telefunken und Krupp bestimmte Projekte anzubauen. Auch die positive Aufnahme der Idee von Beitz durch Kossygin über die Errich-

tung eines Gemeinschaftsbüros deutscher Firmen in Moskau sowie die Anregung Kossygins, ständige gemischte Fachgruppen zu bilden, sind als ein gewisser Erfolg dieser Reise zu werten.

Zwischen Hoffnung und Enttäuschung

Ein Jahr nach der Moskauer Vertragsunterzeichnung ist es aber, obwohl es an Kontakten zwischen der BRD und der Sowjetunion nicht gefehlt hat, im Grunde unmöglich, die Entwicklungstendenzen des Handels und der Kooperationen zwischen beiden Ländern klar zu umreißen. Nimmt man die Erfahrungen aller Kontakte und der immer wieder verzögerten Verhandlungen über einen Handelsvertrag zusammen, kann man z. Z. weder global von einer Erfüllung noch einer Enttäuschung der gehegten Erwartungen in der BRD sprechen. Abwechselnd lockten die Sowjets mit den immensen Möglichkeiten in ihrem Lande und überraschten kurz darauf durch immer wieder neu aufgetürmte Schwierigkeiten. Haben die Sowjets durch diese gelungene Verunsicherung der deutschen Wirtschaft die Art der Konditionen künftiger Geschäfte beeinflussen wollen?

Geringen Fortschritten stehen also mehrere negative Erfahrungen im Umgang mit den Sowjets gegenüber. Positiv zu werten sind die Unterzeichnung des Flugabkommens, die Errichtung des ersten deutschen offiziell akkreditierten Firmen-Büros in Moskau und die beabsichtigte Bildung gemeinsamer Fachkommissionen. Negativ zu verbuchen sind die für die deutsche Seite unverständlichen Verzögerungen der Handelsvertragsverhandlungen sowie das Platzen des LKW-Projektes, über das zeitweise ein Abschluß mit der Firma Daimler-Benz perfekt zu sein schien. Daimler-Benz, aber auch manche andere Firma, ist in dem vergangenen Jahr um manche Erfahrung im geschäft-

lichen Umgang mit sowjetischen Außenhandelsorganisationen reicher geworden. Aufgrund des im August 1970 geschlossenen deutsch-sowjetischen Vertrages dürften wohl kaum noch große Erwartungen in der deutschen Wirtschaft hinsichtlich der Expansion des Handels vorhanden sein. Wenn der Geist von Moskau im vergangenen Jahr von den Sowjets wie auch in der BRD in nicht geringem Ausmaße strapaziert wurde, so zählen heute wieder nur kommerzielle Realitäten.

Erschütterte Vertrauensbasis

Ein Handelsvertrag zwischen der BRD und der Sowjetunion wird „ein Jahr danach“ dringlicher denn je. Der Abschluß eines solchen Abkommens jedoch scheint durch die jüngsten Ereignisse erneut in weite Ferne zu rücken. Glaubte man in der Bundesrepublik vor allem aufgrund des Moskauer Vertrages seit einem Jahr an sein Zustandekommen, so scheint diese Basis des Vertrauens z. Z. stark erschüttert. Denn die Sowjets beabsichtigen das Berliner Viermächteabkommen erst dann zu unterzeichnen, wenn Bonn den Moskauer Vertrag ratifiziert hat. Diesem steht das deutsche Junktim gegenüber, den Moskauer Vertrag nicht vor einer endgültigen Berlinregelung zu ratifizieren.

Wenn der Gewaltverzichtvertrag bisher dem Handel auch keine wesentlichen Impulse ge-

geben hat, so hat er doch, wie die Kontakte zwischen sowjetischen und deutschen Delegationen in der BRD und der Sowjetunion gezeigt haben, unbestritten eine Klimaverbesserung herbeigeführt. Heute steht jedoch zu befürchten, daß im Falle der Nichtratifizierung durch den deutschen Bundestag – das sowjetische Junktim erhöht diese ohnehin bestehende Gefahr – eine deutliche Klimaverschlechterung zwischen der BRD und der UdSSR eintritt. Es ist zu befürchten, daß der von weiten Bevölkerungssteilen in der BRD begrüßte Vertrag im Falle des Nichtwirksamwerdens im kommerziellen Bereich spürbar schädliche Folgen haben könnte.

Kooperation in Gefahr

Aber auch im Falle des Scheiterns des Moskauer Vertrages ist wohl eine völlige Umkehrung in der Entwicklung der ökonomischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion nicht zu erwarten. Die durch ein Scheitern entstehende Klimaverschlechterung würde sich vor allem für die zwischen beiden Ländern erst relativ schwach entwickelten Kooperationen nachteilig auswirken; denn auch in der Vergangenheit war der Zuschlag z. B. bei Großanlagengeschäften oder bei der Realisierung von west-östlichen Kooperationsformen nicht zuletzt „klimatisch“ bedingt.

So kamen in den vergangenen Jahren vor allem England, Frank-

reich, Italien und Japan im Großanlagengeschäft zum Zuge. Diese Länder haben der Bundesrepublik voraus, daß sie der Sowjetunion neben besseren Beziehungen vor allem auch günstigere Kreditkonditionen bei diesen Geschäften bieten konnten. Die Hoffnung, die Bundesrepublik würde aufgrund ihres technisch-wirtschaftlichen Potentials im Anlagenbau sowie ihrer großen Erfahrung im Osthandel zukünftig von der Sowjetunion stärker beim Großanlagenbau berücksichtigt werden, könnte damit abermals aufgrund politischer Probleme vertagt werden müssen.

Stabiler Handelsaustausch

In den reinen Handelsbeziehungen hat sich dagegen in den vergangenen Jahren auch ohne einen besonderen völkerrechtlichen Vertrag und ohne Handelsabkommen eine Stabilität entwickelt, an deren Aufrechterhaltung die Sowjetunion schon aus eigensüchtigen ökonomischen Überlegungen selbst interessiert sein dürfte. Zumal gegenwärtig die englisch-sowjetischen Beziehungen sehr unterkühlt sind, ist die starke Steilung der Bundesrepublik im UdSSR-Handel nicht in Gefahr. Auch bei eventuell verringerten Zuwachsralten im Handel mit der UdSSR wird die Bundesrepublik wegen ihrer derzeitig guten Position zumindest für einige Jahre ihren Vorsprung gegenüber Frankreich und Italien halten können.

KONJUNKTUR VON MORGEN

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg über die Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte

VERLAG WELTARCHIV GMBH · 2 HAMBURG 36 · NEUER JUNGFERNSTIEG 21